

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Volmer und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur Erklärung der Bundesregierung zur Jahrestagung 1986 des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Washington

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag ist der Ansicht, daß die internationale Verschuldungskrise sich zu einem erstrangigen multilateralen Problem ausgewachsen hat. Während auf der Jahrestagung von internationalem Währungsfonds und Weltbank 1985 in Seoul von einer leichten Besserung der Schuldensituation der Entwicklungsländer gesprochen wurde, zeigen die auf der diesjährigen Tagung in Washington vorgelegten Zahlen, daß sich die Situation wieder zugespitzt hat. Es spricht nichts dafür, daß der im letzten Jahr verabschiedete Baker-Plan geeignet ist, das Schuldenproblem zu lösen. Das auf seiner Basis zustande gekommene jüngste Umschuldungsabkommen mit Mexiko ist ein Beispiel dafür, wie die monetäre und dahinterstehende realwirtschaftliche und politische Problematik lediglich in die Zukunft verlängert wird, ohne einen befriedigenden Schlußpunkt auch nur anzudeuten.

Es muß davon ausgegangen werden, daß das klassische Instrumentarium des Krisenmanagements, wie es vom IWF und der Weltbank gehandhabt wird, weder das monetäre Problem lösen, noch den verschuldeten Ländern der Dritten Welt neue Entwicklungschancen eröffnen wird. Es steht im Gegenteil zu befürchten, daß sich die soziale Lage der Mehrheit der Bevölkerung auch in den nächsten Jahren weiterhin dramatisch verschlechtern wird. Der Deutsche Bundestag lehnt die Krisenstrategie der Industrieländer und des IWF ab, insbesondere aus den folgenden Gründen:

- Die vom IWF in den Regierungsverhandlungen mit den Schuldnerländern verlangten Austeritätsmaßnahmen burden den Menschen in der Dritten Welt Lasten auf, die das Lebensniveau oft auf den Standard von vor 10 bis 20 Jahren zurückwerfen und für zahlreiche Menschen nicht mehr überlebbare sind.
- Die erzwungene Anpassung der Volkswirtschaften der Schuldnerländer an die Erfordernisse der Devisenerwirtschaft-

tung zum Zwecke der Begleichung der Gläubigerforderungen führt zu einer wachsenden Überproduktion auf dem Weltmarkt. In der Folge verstärkt sich der Preisverfall für die Produkte der Entwicklungsländer, der eigentlich als einer der Auslöser der Schuldenproblematik angesehen werden muß.

- Die erzwungene Umstellung aller volkswirtschaftlichen Sektoren auf die Exportproduktion führt zu immensen und nicht wieder gutzumachenden ökologischen Schäden. Das dramatischste Beispiel bildet heute die Zerstörung der tropischen Regenwälder durch Erschließungsmaßnahmen, die auch diese letzten wertvollen ökologischen Reservate mit ihrer außerordentlichen Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren in kommerziell verwertbare Landwirtschaftsfläche umwandeln sollen. Diese Zerstörungsmaßnahmen entziehen auch den dort lebenden Ureinwohnern die Lebensgrundlage und führen zu einer Völkervernichtung, die mit der Ausrottung der nordamerikanischen Indianer im letzten Jahrhundert vergleichbar ist.
- Die innenpolitische Durchsetzung von IWF-Auflagen muß wegen ihrer unsozialen und lebensfeindlichen Auswirkungen oft mit Härte und staatlicher Gewalt gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden. Dies führt nicht nur zu einer Fülle von Menschenrechtsverletzungen, sondern gefährdet akut die in den letzten Jahren zu verzeichnenden Demokratisierungsprozesse in den Schuldnerländern.
- Auch ökonomisch macht die jetzige Form der Krisenbewältigung keinen Sinn. Wegen der Forderung nach einer positiven Handelsbilanz müssen die Schuldnerländer auf für Ersatzinvestitionen notwendige Importe verzichten. Die Produktionsstruktur verfällt. Während es im Bereich der Rohstoffe zu einer Überproduktion mit Preisverfall kommt, geht das produzierende Gewerbe zugrunde. So wird nicht nur der entwicklungsnotwendige Aufbau einer einheimischen Produktionsstruktur rückgängig gemacht. Es können nicht einmal Fertigwaren hergestellt werden, deren Verkauf auf den Weltmärkten die Devisensituation des Landes gemäß der IWF-Auflagen verbessern sollte.

Der Deutsche Bundestag ist ferner der Ansicht, daß die den Entwicklungsländern von den Industrieländern angebotenen Korrekturen weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen praktisch nicht vorgenommen werden:

- Auch nach seinen eigenen Berechnungen ist die globale Wachstumsrate, die der IWF seiner Schuldenstrategie zugrunde legt, in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Aus ökologischen Gründen wäre ein pauschal veranschlagtes Wachstum auch nicht wünschenswert.
- Es wird nicht in nennenswertem Maße zu der versprochenen Öffnung der Märkte für Exportgüter der Schuldnerländer kommen. Der Protektionismus von EG, USA oder Japan wird praktisch immer stärker sein als die Beteuerung einer Liberali-

sierung des Handels. Die aktuellen Gatt-Verhandlungen belegen diese Skepsis.

Aus diesen Gründen vertritt der Deutsche Bundestag die Auffassung, daß die Zwangsintegration der Schuldnerländer in den Weltmarkt keine aussichtsreiche Problemlösungsstrategie darstellt. Ein Fortfahren auf diesem Wege führt zu nichts Positivem. Vielmehr wird es den in der Öffentlichkeit bereits geäußerten Verdacht nähren, die ausstehenden Kredite würden von den Industrieländern als Erpressungsmittel genutzt, mit dem sie den Entwicklungsländern unter Verletzung ihrer nationalen Souveränität in die eigenständige Gestaltung ihres Gemeinwesens hineinregieren wollen.

Umfassende Streichung der Schulden

Der Deutsche Bundestag sieht die einzig mögliche Lösung der Schuldenkrise in einer umfassenden Streichung der Auslandsschulden der Entwicklungsländer. Diese Streichung soll mit dem Verweis auf die allgemeinen Krisenursachen, die in der überschüssigen Liquidität auf den Kapitalmärkten der Industrieländer, der aggressiven Kreditpolitik der Geschäftsbanken, der Verschlechterung der Austauschbedingungen für die Entwicklungsländer, insbesondere dem Verfall der Rohstoffpreise liegen, nach einem alle Schuldnerländer übergreifenden generellen Muster vorgenommen werden. Über Zeiträume und Modalitäten soll eine internationale Entschuldungskonferenz unter der Leitung der UNO entscheiden.

Bei den Verhandlungen sollen länderspezifische Varianten des generellen Grundmusters nicht ausgeschlossen werden, die die Eigenschuld von Regierungen der Schuldnerländer berücksichtigen. Insbesondere die hohe Kapitalflucht in einigen Staaten, die enormen Aufwendungen für Rüstungsgüter und ein dem Lebensstandard der Bevölkerungsmehrheit um ein Vielfaches übersteigender Luxuskonsum oft illegal an die Macht gelangter Eliten sind als Faktoren zu berücksichtigen. Bei jeder Bewertung von legitimer oder nichtlegitimer Schuld ist im Auge zu behalten, daß die Bevölkerungsmehrheit in den betreffenden Ländern, die heute die Lasten zu tragen hat, keine Schuld an der Misere trifft. Es muß gewährleistet werden, daß eventuelle Abstriche am Konzept der Schuldenstreichung, die auf die Eigenverantwortung der Entwicklungsländerregierungen reflektieren, nicht ebenfalls zu Lasten der Bevölkerung, etwa durch Mehrarbeit, gehen dürften.

Demokratisierung in den Entwicklungsländern

Der Deutsche Bundestag begreift die umfassende Streichung der Schulden als eine Chance für die Einleitung wirklicher Entwicklungsprozesse, die die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen nach Nahrung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, eigener Kultur und Kommunikation auf der Basis größtmöglicher Eigenversorgung zum Ziele hat. Er erkennt aber nicht, daß diese Chance nur dann genutzt werden kann, wenn sich im internen Kräfteverhältnis eines Entwicklungslandes die demokratischen

und emanzipatorischen Kräfte durchsetzen können. Dieses Ziel darf aber nicht gegen das der nationalen Souveränität des Entwicklungslandes ausgespielt werden. Von daher lehnt der Deutsche Bundestag jede sogenannte „alternative Konditionalität“ ab, die unter Verletzung der nationalen Souveränität versucht, unter Ausnutzung der Schulden als Druckmittel über die einschlägigen Institutionen Demokratisierungsprozesse und eine soziale und ökologische Politik in den Schuldnerländern zu erzwingen. Es ist das Menschenrecht der dort Lebenden, ihre Verhältnisse selbstständig zu gestalten.

Gleichwohl hält es der Deutsche Bundestag für legitim und notwendig, daß auf der nichtstaatlichen Ebene alle Anstrengungen unternommen werden, um Demokratisierungsprozesse zu fördern. In diesem Sinne ermuntert er die demokratischen, sozialen und ökologisch orientierten Institutionen und Initiativgruppen der Bundesrepublik Deutschland, ihre Solidaritätsarbeit mit den Partnergruppierungen in den Entwicklungsländern zu verstärken. Er fordert die Bundesregierung auf, auch für eine intensivierte Arbeit dieser Nicht-Regierungsorganisationen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Im Sinne dieser Ausführungen hält der Deutsche Bundestag fest, daß die Schuldenstreichung als einzig aussichtsreicher Einstieg in eine neue Entwicklungspolitik und die intensive Förderung von Demokratisierungsprozessen in den Schuldnerländern Hand in Hand gehen müssen.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre Politik auf der Grundlage dieser Entschliebung neu zu formulieren.

Flankierende Maßnahmen

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die notwendigen flankierenden Maßnahmen für eine Schuldenstreichung zu treffen. Hierzu zählt insbesondere die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für den denkbaren Fall, daß eine Bank die Ausfälle nicht durch die in den letzten Jahren in hohem Maße getätigten Rückstellungen decken kann. Die Ausfallfinanzierung durch die öffentliche Hand soll aber nur gegen Übereignung von Eigentums- und Kontrollrechten an öffentlich-rechtliche Institutionen vorgenommen werden. Der Deutsche Bundestag betont, daß im Rüstungsetat des Bundeshaushaltes genügend Mittel verfügbar sind, um die gesamte die Bundesrepublik Deutschland betreffende Schuldenproblematik finanziell bewältigen zu können.

Neuordnung der Weltwirtschaft

Der Deutsche Bundestag vertritt die Auffassung, daß die Streichung der Auslandsschulden der Entwicklungsländer nur der Einstieg in eine umfassende Neuordnung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge sein kann. Nur die grundlegende Änderung weltwirtschaftlicher Strukturen kann eine erneute Krise vom heutigen Zuschnitt verhindern. Eine neue Weltwirtschaftsordnung muß insbesondere folgende Elemente enthalten:

- die größtmögliche Eigenversorgung lokaler und regionaler Einheiten,
- eine gerechte Preisgestaltung auf der Basis des daraus folgenden reduzierten internationalen Warenaustauschs; eine Handelspolitik, die dem Primat der maximalen Eigenversorgung nicht zuwiderläuft,
- die Förderung einer verstärkten Süd-Süd-Kooperation,
- die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien bei Produktion, Handel und Konsum,
- die Neubestimmung des Wertes von Subsistenzproduktion und Frauenarbeit,
- die Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs,
- die Entflechtung und demokratische Kontrolle der multinationalen Konzerne,
- eine Neuordnung der internationalen Finanzinstitutionen; die Entmachtung des IWF; die Auflösung der Weltbank in regionale Entwicklungsfonds für Afrika, Lateinamerika und Asien.

Der Deutsche Bundestag ist der Ansicht, daß der Schlüssel für eine Entwicklung in diese Richtung in den Industrieländern selbst liegt. Es ist aber nicht damit getan, von den Vereinigten Staaten von Amerika einen Abbau ihres Haushaltsdefizits und der Rüstungsproduktion zu verlangen. In der Bundesrepublik Deutschland selbst sind einschneidende Veränderungen nötig. Schuldenstreichung und stärkere Eigenversorgung der Entwicklungsländer wie auch die allgemeinen ökologischen Erfordernisse der Rohstoffeinsparung erfordern auch hier eine Reduzierung der Weltmarktorientierung. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland braucht eine Strukturanpassung an die ökologischen, sozialen und entwicklungspolitischen Notwendigkeiten. Hier lassen sich binnenwirtschaftlich neue Investitionsfelder entwickeln, die mit positiven Arbeitsplatzeffekten verbunden sind. Schuldenstreichung, Binnenorientierung und Demokratisierung der Wirtschaft in den Entwicklungsländern dürfte für einige Branchen in der hiesigen Wirtschaft entlastend wirken, die wegen des den Entwicklungsländern im Rahmen der Anpassungsmaßnahme aufgezwungenen weltmarktorientierten Konkurrenzverhaltens selbst unter Druck geraten sind.

Der Deutsche Bundestag ist sich im klaren darüber, daß die im Zusammenhang mit der Schuldenstreichung unvermeidlichen und aus entwicklungspolitischen Gründen notwendigen Umstellungen der weltwirtschaftlichen Mechanismen politischer Natur sind und nicht durch einfache technische Manipulationen bewerkstelligt werden können. Deshalb ermuntert er alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, mit aller Kraft auf dieses Ziel hinzuarbeiten, um die erforderliche gesellschaftliche Schubkraft für die notwendigen Anpassungsleistungen zu entwickeln.

Bonn, den 15. Oktober 1986

Volmer

Borgmann, Hönes und Fraktion

